

Ernährungsfragen.

Vortrager der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen bei
Minister Paul.

Gestern nachmittags sprach eine Abordnung der Landesparteileitung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen und des Ernährungsausschusses der Partei, bestehend aus den Herren Generalsekretär Melzer, Direktor Staudt, Redakteur Dr. Bacher und Kommissär Dr. Dembický über Einladung des Amtes für Volksernährung beim Minister Paul vor zu einer Aussprache über die vom Ernährungsausschuss ausgearbeiteten Vorschläge zur Regelung der Ernährungsfrage. Der Minister unterzog in erster Linie die vom Ernährungsausschuss vorgeschlagene Einteilung Böhmens in neue geschlossene, nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßte Wirtschaftsgebiete und deren Wirtschaftsverwaltungsapparat an der Hand einer Karte einer Besprechung. Die Abordnung legte besonderes Gewicht darauf, festzustellen, daß eine Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete in Böhmen nach nationalen Momenten für die Deutschen mit Rücksicht auf die Verteilung der Bevölkerung und die stark differenzierte Erzeugung von großem Nachteil wäre.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Minister jenen Punkten der Vorschläge, die auf Feststellung eines individuellen Mindestablieferungsquantums

gentes beim Selbstversorger unter gleichzeitiger Erhöhung der Quote des Selbstversorgers hinzielen. Hat ein Landwirt das ihm vorgeschriebene Mindestkontingent abgeliefert, so soll er nach den Vorschlägen der Fortschrittspartei das Recht erhalten, den ihm verbleibenden Rest, das Ueberkontingent, zu einem höheren, aber festgesetzten Preis (Prämie) an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu verkaufen. Andere Vorschläge gehen, wie der Minister bemerkte, dahin, dem Landwirt den Ueberfluß als freies Eigentum zu Zwecken des eigenen Verbrauchs zu überlassen. Was die vorgeschlagene Einschränkung und strengste Ueberwachung des Lohnmühlensverkehrs betrifft, betonte der Minister, daß eine Schließung der Lohnmühlen gegenwärtig namentlich im Hinblick auf die schwierigen Transportverhältnisse und namentlich sei, daß aber die Aufsicht mit viel schärferen Mitteln werde durchgeführt werden müssen.

Eine eingehende Würdigung fanden auch die Vorschläge der Partei über die Grundzüge der Preisbildung, die sich von dem Prinzip „Angebot und Nachfrage“ befreien und für eine geschlossene Wirtschaftsverwaltung die Abhängigkeit des Preises bloß von den Herstellungskosten und dem bürgerlichen Nutzen anerkennen müsse. Der Minister bemerkte bei diesem Anlasse, daß durch die Freigabe des Handels mit Früchten und Gemüse der Öffentlichkeit wohl die Unhaltbarkeit eines freien Handels im Kriege drastisch genug vor Augen geführt wurde, um vor einer Wiederholung eines derartigen Experiments zu warnen. Ganz besondere Schwierigkeiten ergeben sich nach der Ansicht des Volksernährungsamtes bei der Bekämpfung des Rußlandverkehrs, er werde aber unter allen Umständen eine Einschränkung erfahren müssen. Im weiteren Verlaufe der zweistündigen Besprechung wurden dann noch einzelne brennende Fragen erörtert, wie beispielsweise die Verdrängung des realen Handels durch unlautere Elemente. Auch der gewerbsmäßige Kleinhandel wird künftighin einer strengeren Beaufsichtigung unterzogen werden müssen. Zum Schluß lenkte die Abordnung die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Regelung des Schweineverkehrs, dessen Freigabe die verhängnisvollsten Wirkungen zur Folge hätte. Da die Schweinezucht für die Fettversorgung von größter Bedeutung ist, erklärte der Minister, daß Maßnahmen erwogen werden, durch die die Zucht und der Verkehr mit Schweinen von Grund auf neu geregelt werden.

Nach einer Erörterung der Frage bezüglich der Befreiung von Mittelstandsküchen und der Maßnahmen, durch die eine Doppelversorgung verhütet werden soll, entließ der Minister die Abordnung mit der Versicherung, daß die Vorschläge des Ernährungsausschusses der Fortschrittspartei eine sehr ernste und gründliche Arbeit darstellen, die für die künftigen Ermägungen und auf alle Fälle eine beachtenswerte Grundlage bilden werde.